

Warum das internationale Recht die Palästinenser im Stich lässt: Sieben zentrale Aussagen zum Thema aus einem Gespräch mit Richard Falk

Romana Rubeo, leitende Herausgeberin, palestinechronicle.com, 28.03.25

In dieser wichtigen Folge eines Podcasts von *Palestine Chronicle* interviewten der palästinensische Intellektuelle Ramzy Baroud und ich Professor Richard Falk, einen führenden Wissenschaftler im Bereich des internationalen Rechts und ehemaligen UN-Sonderberichterstatter für Palästina.

„Israel und seine Unterstützer haben das Argument der Selbstverteidigung opportunistisch benutzt, ihr eigentliches Grundprinzip ist, dass die Hamas und die Palästinenser im Allgemeinen Terroristen sind und außerhalb jeglichen rechtlichen Schutzes stehen, wie Netanjahu und der ehemalige Verteidigungsminister Gallant in ihren unmittelbaren Reaktionen deutlich machten.

Diese Menschen, oder wie sie es nannten ‚menschliche Tiere‘, sollten als solche behandelt werden“.

Richard Falk

Unser Gespräch drehte sich um den israelisch-palästinensischen „Konflikt“, globale Machtstrukturen und das Versagen der internationalen Politik. Falk analysierte und benannte deutlich die Manipulation des Völkerrechts zur Rechtfertigung anhaltender Kriegsverbrechen, der Komplizenschaft westlicher Mächte und der strukturellen Schwächen globaler Institutionen, die Straflosigkeit ermöglichen. Er untersuchte auch die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Anfechtung dieser Ungerechtigkeiten und die Bedeutung der Rückbesinnung auf ursprüngliche Narrative. Im Folgenden finden Sie die wichtigsten Erkenntnisse aus unserem Gespräch.

Komplizenschaft und die pro-israelische Israel-Lobby in den USA

Falk wies auf die überwältigende parteiübergreifende Unterstützung des israelischen Staates innerhalb des politischen Establishments der USA hin, die nur wenig Raum für eine wirksame Opposition auf Regierungsebene lässt.

„Ich denke, der Druck auf die Regierungen, der sich aus der Zweiparteienunterstützung des Staates Israels und der Einseitigkeit des US-Kongresses ergibt, macht es unwahrscheinlich, dass es irgendeine Art von ernsthafter Herausforderung innerhalb der etablierten Ordnung geben wird“.

Stattdessen komme die einzige wirkliche Herausforderung von der Zivilgesellschaft, die jedoch ein beispiellos hartes Durchgreifen ausgelöst habe.

„Es gibt ein völlig bedingungslos pro-israelisch-zionistisches Netzwerk einflussreicher Unterstützer, das sich als Hüter des Status quo aufspielt und jede politische Abweichung, jede Art von politischem Hinweis auf eine kritische Haltung gegenüber dem Ausmaß der Förderung und der Nicht-Reaktion auf diesen offensichtlichen, andauernden grausamen Völkermord bestrafen wird. Es gibt keinen vergleichbaren Druck von palästinensischer Seite.“

„Wenn Staatsoberhäupter damit beginnen, ganze Bevölkerungsgruppen als Untermenschen zu bezeichnen, ist das ein Signal für groß angelegte Gräueltaten. Wir haben das in der Geschichte schon gesehen und wir wissen, wohin das führt“.

Das Ausmaß der Unterdrückung sei „völlig beispiellos“ „in der politischen Erfahrung der USA, die mindestens bis zum Vietnamkrieg zurückreicht, stellte er fest.

Zusammenprall der Zivilisationen

Falk stellte eine tiefergehende geopolitische Ausrichtung in der Struktur des so genannten Konflikts fest. Er beschrieb ihn als „eine Art zweites Aufkommen von Samuel Huntingtons These vom Kampf der Kulturen“, bei der die westlichen Nationen bedingungslos hinter dem Staat Israel stehen, während die Unterstützung für Palästina größtenteils aus der islamisch geprägten Welt kommt.

„Wie man sieht, kommt die gesamte Komplizenschaft für die israelische Seite von den westlichen, weißen, liberalen Demokratien, und die hauptsächliche Unterstützung mit konkretem Charakter kommt von islamisch orientierten Gruppen in der Region“, sagte er. „Man hat also diese Art von kultureller Ausrichtung, in der das Bündnis mit dem Staat Israel nur ein Teil des größeren Puzzles ist.“

Er betonte, dass diese Sicht es schwierig mache, die israelische Position in Frage zu stellen, ohne die globale Ordnung im weiteren Sinne zu konfrontieren. „Und das hat, denke ich, einen Mangel an politischer Vorstellungskraft zur Folge, die typischen Politiker verstehen nicht einmal diesen größeren Hintergrund des Konflikts.“

Die Lücke bei der Durchsetzung

Die strukturellen Schwächen der Vereinten Nationen waren ein Hauptthema der Diskussion. Falk erläuterte, dass die UNO nie als echter Hüter des Völkerrechts gedacht war.

„Die UNO wurde so konzipiert, dass sie bei der Durchsetzung des Völkerrechts schwach ist, insbesondere wenn geopolitische Interessen im Spiel sind. Anders ist es nicht zu erklären, dass die fünf Länder der Welt, die das größte Risiko darstellen können, rechtlich befugt sind, die Organisation bei der Entscheidungsfindung und Durchsetzung zu blockieren.“

„Das Recht auf Widerstand wurde im Dekolonisierungsprozess in den 1980er und 1990er Jahren bekräftigt, und dieses Recht auf Widerstand schloss das Recht auf bewaffneten Widerstand ein. Dieser Widerstand unterlag der Einhaltung des internationalen Kriegsrechts“.

Dies habe eine „Lücke in der Durchsetzung“ geschaffen, in der Großmächte ungestraft gegen internationales Recht verstoßen können.

„Die Rolle der USA und bis zu einem gewissen Grad auch die Rolle der europäischen ehemaligen Kolonialmächte besteht darin, diese Lücke in der Durchsetzung weitgehend aufrechtzuerhalten.“

Er benannte außerdem zwei weitere Mängel:

Erstens, die Lücke der Mitschuld. *„Es gibt zwar eine rhetorische Anerkennung der Bedeutung der Mittäterschaft, aber keine wirkliche konkrete Umsetzung, und auch keine Konsequenz für die Durchsetzung, denn selbst wenn man die USA und ihre Partner für mitschuldig hält und dies als Verstoß gegen die Völkermordkonvention betrachtet, gäbe es keine Möglichkeit, diese Entscheidung durchzusetzen“*, sagte er.

Zweitens: die Lücke in der Rechenschaftspflicht: *„Regierungen und Einzelpersonen, die gegen internationales Strafrecht verstoßen, sollten eigentlich in irgendeiner Form bestraft werden, aber auch das unterliegt diesem geopolitischen Veto“.*

Falk fasste die Gegebenheiten des UN-Systems mit einem treffenden Zitat eines mexikanischen Diplomaten zusammen: *„Es zieht die Mäuse zur Rechenschaft, während die Tiger frei herumlaufen.“*

Das Argument der Selbstverteidigung

Der Staat Israel und seine Verbündeten berufen sich häufig auf das Prinzip der Selbstverteidigung, um ihre völkermörderischen Aktionen in Gaza zu rechtfertigen, aber Falk erklärte, dass diese Begründung rechtlich fehlerhaft ist.

Das Argument der Selbstverteidigung ist ein Motiv, das selbst der Staat Israel und seine Befürworter nur ungern ins Feld führen, weil das besetzte Palästina rechtlich gesehen kein fremder Staat ist, gegen den man sich auf Selbstverteidigung berufen kann.

Er betonte, dass nach internationalem Recht Selbstverteidigung nur bei Konflikten zwischen souveränen Staaten oder in Fällen gilt, in denen ein bewaffneter Angriff eine anhaltende Bedrohung darstellt.

Falk wies auf die Art und Weise hin, wie westliche Narrative systematisch den historischen Kontext des palästinensischen Widerstands ausgelöscht haben.

„Sie können den Angriff vom 7. Oktober, der ein isolierter Vorfall war, nicht als Rechtfertigung für die Selbstverteidigung ansehen, die nur im Falle eines bewaffneten Angriffs zum Tragen kommen soll. Dies würde eine anhaltende Gewaltanwendung und eine Herausforderung für die allgemeine Sicherheit des Staates bedeuten“.

Er wies darauf hin, dass die UN-Charta zwar das Recht auf Selbstverteidigung anerkenne, die israelische Regierung diesen Grundsatz jedoch zu ihrem politischen Vorteil manipuliert habe.

„Israel und seine Unterstützer haben das Argument der Selbstverteidigung opportunistisch benutzt, ihr eigentliches Grundprinzip ist, dass die Hamas und die Palästinenser im Allgemeinen Terroristen sind und außerhalb jeglichen rechtlichen Schutzes stehen, wie Netanjahu und der ehemalige Verteidigungsminister Gallant in ihren unmittelbaren Reaktionen deutlich machten. Diese Menschen, oder wie sie es nannten ‚menschliche Tiere‘, sollten als solche behandelt werden“.

Falk argumentierte, dass diese Entmenschlichung die Palästinenser effektiv außerhalb des Rahmens des internationalen Rechts stellt. Dieses Muster, so warnte er, spiegelt ein tieferes strukturelles Problem wider: *„Diese Vorstellung ist aus verhaltensökologischer Sicht rückschrittlich und offenbart ein grausames, aggressives, ausbeuterisches Verhaltensmuster gegenüber Menschen, selbst wenn Tiere so behandelt würden – würde das immer noch einen grundlegenden moralischen Handlungsrahmen verletzen.“* Er wies auf den gefährlichen Präzedenzfall hin, den eine solche Rhetorik schafft, und stellte fest, dass sie sich Parallelen bei anderen historischen Fällen von Massengewalt hat. *„Wenn Staatsoberhäupter damit beginnen, ganze Bevölkerungsgruppen als Untermenschen zu bezeichnen, ist das ein Signal für groß angelegte Gräueltaten. Wir haben das in der Geschichte schon gesehen und wir wissen, wohin das führt“.*

Das Recht auf Widerstand

Während der Staat Israel und seine Verbündeten den bewaffneten Widerstand der Palästinenser als „Terrorismus“ zurückweisen, stellt Falk fest, dass das Völkerrecht das Recht der besetzten Völker auf Widerstand gegen die Kolonialherrschaft ausdrücklich anerkennt.

„Das Recht auf Widerstand wurde im Dekolonisierungsprozess in den 1980er und 1990er Jahren bekräftigt, und dieses Recht auf Widerstand schloss das Recht auf bewaffneten Widerstand ein. Dieser Widerstand unterlag der Einhaltung des internationalen Kriegsrechts“.

Er betonte, dass es bei Widerstandshandlungen zwar zu Verstößen gegen das Völkerrecht kommen kann, der Widerstand selbst aber nicht per se illegal ist.

„Soweit es Beweise für Gräueltaten im Zusammenhang mit dem Angriff vom 7. Oktober gibt, sind dies Verstöße. Nicht aber der Angriff selbst, der in diesem Zusammenhang völlig gerechtfertigt und überfällig zu sein scheint.“

Falk wies auf die Art und Weise hin, wie westliche Narrative systematisch den historischen Kontext des palästinensischen Widerstands ausgelöscht haben.

Eine der westlichen und israelischen Taktiken bestand darin, den 7. Oktober fast erfolgreich zu dekontextualisieren, damit er als ein Ereignis aus heiterem Himmel angesehen wird. Dies sei Teil einer umfassenderen Bemühung, die Palästinenser als Aggressoren darzustellen und nicht als eine Bevölkerung, die auf die jahrzehntelange Besetzung und Gewalt reagiert. Selbst die geringste Anerkennung der gegen die Palästinenser gerichteten Missstände stößt auf heftige Gegenreaktionen, stellte er fest.

„Der UN-Generalsekretär wurde sogar als Antisemit diffamiert, weil er den offensichtlichen Punkt ansprach, dass es eine lange Vorgeschichte der Übergriffe gegen die palästinensische Bevölkerung gab.“

Das Gaza-Tribunal

Die Frustration über das Versagen etablierter Institutionen hat zu Basisinitiativen wie dem Gaza-Tribunal geführt, das Falk als Versuch sieht, den Staat Israel dort zur Verantwortung zu ziehen, wo die Regierungen versagt haben.

„Ich denke, dass das Gaza-Tribunal definitiv aus der Frustration über die formale normative Ordnung entstanden ist, insbesondere über ihr Versagen, die Lücke in der Durchsetzung zu schließen.“

„Wenn Regierungen versagen, ist man auf die Menschen angewiesen. Es ist ein Versuch, die Menschen zum Handeln anzuregen, um die Durchsetzung zu fördern und die Fortsetzung des Völkermords zu verhindern“, fügte er hinzu.

Ob solche Initiativen eine dauerhafte Wirkung haben werden, ist ungewiss, aber die Geschichte zeigt, dass sie von Bedeutung sein können. „Die letztendliche Wirkung solcher Initiativen ist oft wichtiger als der Prozess selbst, aber wir müssen abwarten und hoffen.“

Die Notwendigkeit von visionären Alternativen

Falk äußerte sich sehr besorgt über das Fehlen einer der Aufgabe gewachsenen Führung bei der Bewältigung globaler Krisen. *„Einer der Mängel der gegenwärtigen Weltordnung ist das Fehlen jeglicher Art von Führung mit Weitblick, so dass man pessimistisch sein muss, was den Regierungsprozess angeht, der zu progressiven Reformen führt“.*

Er sieht die Zivilgesellschaft als die vielversprechendste Kraft für einen Wandel, betont aber, dass die Mobilisierung effektiv und nachhaltig sein muss.

„Der Grad der Unruhe in der Zivilgesellschaft ist wahrscheinlich der fruchtbarste Boden für neues Denken und neue Aktionen. Aber sie muss auf eine wirksame Weise mobilisiert werden, die das Leben der Menschen ausreichend berührt, so dass sie bereit sind, Risiken einzugehen und sich verschiedenen Formen des Widerstands auszusetzen.“

Falk warnte davor, dass ein echter Wandel oft nur als Reaktion auf eine Katastrophe eintritt. *„Vielleicht ist es ein trauriger Kommentar zur menschlichen Spezies, aber das Eintreten eines Weckrufs durch eine Katastrophe ist der wahrscheinlichste Weg, um sinnvolle Veränderungen zu erreichen.“*

Er wies auf den ökologischen Kollaps und die Bedrohung durch einen Atomkrieg als drohende Krisen hin, die schließlich eine Wende herbeiführen könnten. *„Dieses Weltsystem kann nicht fortbestehen, selbst wenn man von seinen völkermörderischen Schwachstellen absieht, wenn es sich nicht diesen grundlegenden globalen Herausforderungen stellt.“*

Richard Falk ist emeritierter Professor für internationales Recht und internationale Beziehungen, der vierzig Jahre lang an der Princeton University lehrte. Seit 2002 lebt er in Santa Barbara, Kalifornien, und lehrt am dortigen Campus der University of California in Global and International Studies, er ist seit 2005 Vorsitzender des Vorstands der Nuclear Age Peace Foundation. Von 2008 bis 2014 war er UN-Sonderberichterstatter für Palästina.

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/why-intl-law-fails-palestinians-seven-takeaways-from-floodgate-interview-with-richard-falk/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de